



Fahrt in den Wettbewerb

Berlin und Brandenburg einigen sich über S-Bahn-Ausschreibung. **Seite 8**

Foto: imago images/Rüdiger Wolk

Lehre, Studium & Corona

Politischer Kampf ist trotz Pandemie möglich, beweist unter_bau. **Seite 10**

Mit Angst auf den Platz

Kölner Fußballprofis werden positiv auf das Coronavirus getestet. Die Mitspieler sollen jetzt trotzdem trainieren, doch einer übt Kritik daran. **Seite 12**



Foto: imago images/Eduard Bopp

nd DER TAG

neues deutschland SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 4. Mai 2020

75. Jahrgang/Nr. 103

Einzelverkaufspreis 2,00 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Sehnsucht nach Jamaika

Aert van Riel erwartet von Grünen keine große Umverteilungspolitik

Es ist wieder einmal unklar, woran man bei den Grünen wirklich ist. Zwar versprechen sie in der Coronakrise soziale Wohltaten für Hartz-IV-Beziehende und ein milliardenschweres Konjunkturprogramm, eiern aber herum, wenn es um die Frage geht, wer die Krisenkosten bezahlen soll. Die Grünen bekannten sich auf ihrem Kleinen Parteitag am Samstag lediglich dazu, dass starke Schultern mehr tragen sollten. Klare Pläne zur Besteuerung von Spitzenverdienern und Vermögenden sucht man bei der Partei aber vergeblich. Sie konnte sich nicht einmal dazu durchringen, die Forderung nach einer Vermögensabgabe zu beschließen. Das dürfte dem Umstand geschuldet sein, dass die Grünen in der derzeitigen Situation mit sinkenden Umfragewerten keine interne Kontroverse wollen. Obwohl es in den vergangenen Jahren unter ihren Parteichefs Annalena Baerbock und Robert Habeck ruhiger geworden ist, gibt es nach wie vor viel Streitpotenzial. Parteilinke und Realos stehen sich in der Steuerpolitik diametral gegenüber.

Die Parteispitze will vor allem, dass die Grünen an der nächsten Bundesregierung beteiligt werden. Sie weiß, dass das bald eher mit der Union möglich sein dürfte als mit SPD und Linkspartei. Als die Jamaika-Verhandlungen nach der vergangenen Bundestagswahl platzten, waren vor allem die Grünen enttäuscht. Dabei wäre von dieser Regierungskonstellation in den Bereichen Sozialpolitik und Verteilungsgerechtigkeit nichts Positives zu erwarten gewesen.

UNTEN LINKS

Der Sommerurlaub steht ja auch sonst für ein begrenztes Vergnügen, ist eingeklemmt von drei Jahreszeiten. Doch nun scheitert er ganz an geschlossenen Grenzen. Und fast jeder zweite Befragte schickte sich drein, lehnt eine EU-Grenzöffnung ab. Wohl, weil er im Ausland dem Virus zu begegnen fürchtet. Nur 15 Prozent sprachen sich dafür aus, die Grenzen im Sommer wieder zu öffnen. Wohl, um dem Virus zu entfliehen. Jeder Fünfte immerhin fände eine Öffnung ausgewählter Grenzen angemessen. Wohl, weil man ja nur in ein Land verreisen will. Diese dritte Gruppe, sie ist die gemäßigste, die des Kompromisses. Die für Vernunft steht, für Maß und Mitte. Und so wird der Familienurlaub im Ausland ganz sicher kommen, aber gereist wird abwechselnd und verkürzt und in Länder, deren Grenzen je nach Lage geöffnet und geschlossen werden. Und: Zurückgeholt wird keiner. Ganz nebenbei wird Deutschland damit seinem Ruf als Exportweltmeister gerecht: Exportiert wird pure Vernunft. uka

Bolsonaro lässt Favelas im Stich

Brasilien rechtsextremer Präsident gerät inmitten der Corona-Pandemie unter Druck



Außer Straßen zu desinfizieren, tut Brasiliens Regierung nicht gegen das Coronavirus.

Foto: AFP/Carl de Souza

Berlin. Brasiliens rechtsextremer Präsident Jair Bolsonaro gerät inmitten der Coronakrise weiter unter Druck. Am Samstag wurde sein Ex-Justizminister Sergio Moro acht Stunden lang von der Bundespolizei in der Stadt Curitiba zu dessen schweren Anschuldigungen gegenüber dem Präsidenten befragt. Moro wirft Bolsonaro vor, den Chef der Bundespolizei ausgetauscht zu haben, um Einfluss auf Ermittlungen gegen die Präsidentensöhne nehmen zu können. Nach seinem Rücktritt hatte der Justizminister erklärt, Bolsonaro habe ihm gesagt, dass er den entlassenen Polizeichef durch jemanden ersetzen wolle. Dies sollte eine Per-

son sein, »die er persönlich kennt und die er anrufen könnte, um Informationen zu erhalten«. Ein Richter am Obersten Gericht des Landes hatte nach Moros Erklärung die Bundespolizei vergangene Woche angewiesen, die Vorwürfe zu untersuchen. Diese Untersuchung könnte den Weg zu einem Amtsenthebungsverfahren gegen Bolsonaro ebnen. Der Präsident weist Moros Vorwürfe indes als »unbegründet« zurück. Moro ist nach Luiz Henrique Mandetta der zweite Minister, den Bolsonaro inmitten der Corona-Pandemie verliert. Der von Bolsonaro entlassene Mandetta hatte als Gesundheitsmi-

nister ein entschiedenes Vorgehen gegen das Coronavirus gefordert, das der Präsident bis heute verharmlöst. Dabei hat Sars-Cov2 in Brasilien bisher über 5000 Todesopfer gefordert.

Besonders bedroht durch eine ungehemmte Verbreitung des Virus sind die Favelas, wo eine soziale und medizinische Katastrophe droht. Die in der Favela Maré in Rio de Janeiro geborene Thaís Cavalcante beschreibt für »nd« in ihrer Reportage die Situation der Bewohner. Polizeigewalt und Bandenkriminalität sorgen schon lange für Angst in Maré, nun ist noch jene vor dem Virus hinzugekommen. nd

Seite 3

Grüne fordern Corona-Hilfen von 100 Milliarden

Erstmals Parteitag per Internet

Berlin. Mehr Klarheit über die strengen Schutzmaßnahmen sowie die Auflage von Milliardenprogrammen zur Bewältigung der sozialen Folgen – das sind Forderungen der Grünen in der Coronakrise. Auf dem digitalen Länderrat beschloss die Partei am Samstag fast einstimmig einen Antrag des Bundesvorstands für ein 100-Milliarden-Konjunkturprogramm sowie ein EU-Programm von einer Billion Euro, das durch gemeinsame Anleihen finanziert wird.

Der Kleine Parteitag fand erstmals in Deutschland komplett digital im Internet statt. Die meisten Redebeiträge wurden live zugeschaltet, andere als Video eingespielt. 100 Delegierte stimmten online ab. Parteichefin Annalena Baerbock rief die Verantwortlichen in Bund und Ländern auf, die Beschränkungen wegen der Pandemie besser zu begründen als bisher. Es müsse täglich überprüft werden, ob die »massiven Grundrechtseinschränkungen« gerechtfertigt seien oder »ob es nicht mildere Mittel gibt«. AFP/nd

Seite 2

SPD fordert Abzug von US-Atomwaffen

Parteiführung verweist auf erhöhte Gefahr durch US-Präsident Trump

Berlin. SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich und Parteichef Norbert Walter-Borjans haben den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland gefordert. »Es wird Zeit, dass Deutschland die Stationierung zukünftig ausschließt«, sagte Mützenich dem Berliner »Tagesspiegel« (Sonntagsausgabe). »Das haben schließlich auch andere Staaten getan, ohne dabei die Nato infrage zu stellen.«

Mützenich begründete seinen Vorstoß mit der Unberechenbarkeit von US-Präsident Donald Trump. »Trumps Regierung hat verkündet, dass Atomwaffen nicht mehr nur der Abschreckung dienen, sondern Waffen sind, mit denen man Kriege führen kann«, sagte der Fraktionschef der SPD im Bundestag. »Das Eskalationsrisiko ist damit unüberschaubar geworden«, warnte er.

Kritik an dem Vorstoß kam aus der Union. »Die Naivität von Teilen der SPD-Führung ist gefährlich für die Sicherheit Deutschlands«, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte. AFP/nd

Kommentar Seite 6

Ungeduld gegenüber Auflagen wächst

Sachsen-Anhalt und Saarland erlauben Lockerungen über den Bundeskonsens hinaus

Die wegen Corona verhängten strikten Kontaktsperren bröckeln. Demonstrationen häufen sich, doch auch Landesregierungen scheren aus dem vereinbarten Reglement aus.

Von Uwe Kalbe

Polizei und Ordnungsamt gingen am Samstag in Dortmund gegen rund 150 Teilnehmer einer nicht genehmigten Versammlung vor. Es sei vielfach gegen die geltenden Abstandsregelungen verstoßen worden, hieß es. Die Demonstration richtete sich wie etliche weitere in Berlin, Erfurt, Hannover oder Stuttgart gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie und die Einschränkung der Freiheitsrechte.

Nicht nur Teile der Bevölkerung begehren gegen die Einschränkungen auf. Auch Landesregierungen verlassen den zwischen Bundesregierung und der

Runde der Ministerpräsidenten vereinbarten Konsens über die Auflagen und Einschränkungen. So dürfen sich in Sachsen-Anhalt ab diesem Montag wieder fünf Menschen außerhalb des eigenen Hausstands treffen. Die Landesregierung beschloss am Wochenende, ab dem 11. Mai Besuche in Alten- und Pflegeheimen teilweise zuzulassen. Auch das Saarland weicht von der Bundeslinie ab. Erlaubt sind nun private Treffen mit Angehörigen eines weiteren Haushalts. Die 800-Quadratmeter-Regel in Geschäften wird ebenfalls gestrichen.

Über das weitere Vorgehen, besonders hinsichtlich der Kontaktsperren, sollte eigentlich erst bei einem neuen Spitzengespräch am Mittwoch entschieden werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich am Donnerstag mit den Ministerpräsidenten der Länder lediglich auf kleinere Öffnungsschritte verständigt. So sollen ab Montag Spielplätze wieder

öffnen, Gottesdienste wieder stattfinden und kulturelle Einrichtungen wie Museen und Bibliotheken wieder öffnen.

Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) mahnte zur Geduld bei der Lockerung der Auflagen. Zur 800-Quadratmeter-Regel sagte er der »Welt am Sonntag«, er »verstehe und akzeptiere jedes einzelne Urteil«, das in den letzten Tagen gesprochen wurde. »Aber ich empfinde es schon als Herausforderung, wenn sich Gerichte auf den Gleichheitsgrundsatz berufen, um einzelne unserer Maßnahmen aufzuheben oder zu modifizieren.« Eine Aufhebung der Reisewarnung kommt für Außenminister Heiko Maas (SPD) erst in Frage, wenn Einreise- und Quarantäneregeln gelockert werden. Den Zeitungen der Funke Mediengruppe sagte Maas: »Wir können und werden im Sommer nicht noch einmal eine Viertel-million Menschen aus dem Urlaub zurückholen.«

Die Debatte um einen Immunitätspass tritt derweil auf der Stelle. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) bat den Ethikrat um eine Stellungnahme. Einen »verbindlichen Planungshorizont« für die Wirtschaft forderte unterdessen der Bundesverband der Deutschen Industrie. Mit Agenturen

► Covid-19

Umstrittener Immunitätspass Seite 4

Pflegekräfte gesucht – und abgeschoben Seite 5

Von Fußball und Glaubwürdigkeit Seite 6

Demos trotz Corona am 1. Mai in Berlin Seite 7

USA: Das Hilfspaket kommt nicht an Seite 9

ISSN 0323-3375

